

# **JA zum EU-Einwanderungsstopp Bundesrat belog das Volk!**

von e. Nationalrat Rudolf Keller, SD Frenkendorf

**Am 8. Februar 2009 stimmten wir über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und über deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien ab. Einmal mehr wurde das Volk „weichgeklopft“. Nur zu gut erinnern wir uns an die Fernsehdiskussionen in der ARENA, Aussagen im Radio und sogenannte „Feststellungen“ im Bundesbüchlein (im Lugibüchlein), wonach der Zustrom von Ausländern stark abgenommen habe.** Es wurden uns sogar Zahlen präsentiert, die das belegen sollten. Bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern kam der Eindruck auf, dass die Einwanderung aufgrund der Personenfreizügigkeit mit der EU eine Erfolgsstory sei. Das hat vor allem dazu beigetragen, dass das Volk schlussendlich zustimmte.

Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf legte dar, dass die Einwanderung von Deutschen abgenommen habe. **Tatsächlich sind in den Monaten Oktober 2008 bis Januar 2009 einige Deutsche weniger ins Land geströmt, aber immer noch bedeutend mehr als im Vorjahr.** Die Bundesrätin hat also ein perfides taktisches Spielchen betrieben, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.

**Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat uns angelogen!**

Der Bundesrat hatte in diesem Abstimmungskampf vor allem die Bundesrätinnen vorgeschickt, weil er wohl meinte, dass diese besser punkten könnten bei der Bevölkerung als etwa ein unbeliebter Pascal Couchepin oder ein lahmer Hans-Rudolf Merz. Bundesrätin Doris Leuthard redete damals in den Medien auch tatsächlich von Schutzklauseln, Uebergangsfristen und flankierenden Massnahmen, welche verhindern, dass unser Land immer stärkerer Einwanderung ausgesetzt sei. Das Volk glaubte dies und stimmte zu. In Tat und Wahrheit hätte Bundesrätin Doris Leuthard nie den Mut, gegenüber der EU einen vorläufigen Einwanderungsstopp zu erlassen.

**Bundesrätin Doris Leuthard hat uns nicht die Wahrheit gesagt!**

Der Meister der falschen Rhetorik, Bundesrat Pascal Couchepin, sprach vom wirtschaftlichen Wunder, das unser Land dank der EU-Einwanderung erleben werde. Wir erinnern uns, Couchepin war früher als Nationalrat für den EU-Beitritt und ist es noch heute – er getraut es sich nur nicht mehr offen zu sagen. Seine ganze Politik ist aber auf den EU-Beitritt ausgelegt.

**Bundesrat Pascal Couchepin hat uns betrogen!**

Der Bundesrat handelte im Abstimmungskampf zur Personenfreizügigkeit solidarisch. Kaum genesen, liess sich auch Bundesrat Hans-Rudolf Merz vernehmen, dass wir aus staats- und finanzpolitischen Gründen den freien Personenverkehr mit der EU unbedingt benötigen. Dies bringe uns mehr Steuereinnahmen, von denen wir profitieren könnten. Gegenstimmen, wonach wir in eine immer tiefere Rezession hineinschlittern und uns dies sehr viele EU-

Arbeitslose beschern würde, schlug er in den Wind. Er liess – wie seine andern Bundesratskollegen auch – das Argument nicht gelten, dass diese EU-Arbeitslosen zunehmend unsere Arbeitslosenkasse belasten und eine Konkurrenz für uns Einheimische würden.

**Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat uns hintergangen!**

Und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey drohte den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unverhohlen, dass alle EU-Verträge ungültig würden, wenn sie nein stimmen würden. Der freie Grenzübertritt sei gefährdet und x weitere Blablablas folgten aus ihrem Mund. Sie war sich auch nicht zu gut, um immer wieder darauf hinzuweisen, dass es Einwanderungs-Schutzklauseln gibt, die man anrufen kann, wenn es eine grössere Einwanderung geben sollte. Aber sie denkt natürlich nicht im Traum daran, diese Schutzklausel auch wirklich anzuwenden. Nun, da ein Bundesamt diese Schutzklausel verlangt, ist sie selbstverständlich dagegen.

**Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat uns in die Irre geführt!**

Bundesrat Moritz Leuenberger hat die Angst geschürt, dass das Verkehrsabkommen dahinfallen würde, falls das Volk die Dreistigkeit hätte, die beiden Vorlagen abzulehnen. Die beiden Vorlagen wurden ja gar noch hinterrücks und gegen alle vorgängigen Versprechen in eine einzige Vorlage verpackt. Bundesrat Moritz Leuenberger sprach auch davon, dass es positiv sei, dass vermehrt Deutsche zu uns kämen, da uns diese sprachlich und kulturell recht nahe ständen.

**Bundesrat Moritz Leuenberger hat uns falsch informiert!**

Der einzige Bundesrat, der uns nicht belogen hat, war Ueli Maurer – im Februar 2009 auch erst etwas mehr als einen Monat im Amt!

**Alle Bundesräte haben im Abstimmungskampf gewusst, dass mehr Arbeitskräfte in unser Land strömen, als verkraftbar ist. Die Bundesräte kannten natürlich die genauen Zahlen. Sie verdrehten diese nach ihrem Gusto, um so Abstimmungswerbung zu machen. Die vielen Bedenken und Mahnungen der Gegner blieben auf der Strecke, wurden medial „niedergeknüppelt“!**

Die Zahl der Arbeitslosen steigt auch in unserem Lande. Immer mehr EU-Ausländer und sonstige Ausländer werden arbeitslos. Eigentlich sollten wir den Mut haben und sie nach Hause zu schicken! Unsere Arbeitslosenkasse geht daran zugrunde. Schon bald werden deswegen die Lohnabzüge aller Arbeitnehmenden für die Arbeitslosenkasse erhöht werden müssen. Unser Volk wird also diese Zeche teuer bezahlen müssen. **Und noch immer wandern mehr EU-Ausländer ein als in den Vorjahresperioden.** Was ist denn die Voraussetzung, um die Schutzklausel anzuwenden?

Die Anzahl der ausgestellten Bewilligungen muss in einem bestimmten Jahr um mindestens zehn Prozent über dem Durchschnitt der vorangegangenen drei Jahre liegen. Die neu eingeführten Kontingente müssen dabei mindestens fünf Prozent höher sein, als die Bewilligungen im Mittel der drei Jahre zuvor.

**Das tönt kompliziert, faktisch wäre dies aber ein Einwanderungsstopp, den wir Schweizer Demokraten begrüßen würden. Diese Schutzklausel könnte die Schweiz aber längstens bis mitte 2014 einsetzen.** Danach gibt es wieder eine freie Einwanderung aus den 15 alten EU-Staaten, Malta und Zypern. Also gar viel bringt es nicht, aber immerhin eine kurzfristige Entlastung.

**Und jetzt beginnt das Kesseltreiben in den Medien. Es darf vermutet werden, dass die Abklärungen zur Anwendung der EU-Schutzklausel nicht an die Öffentlichkeit hätten dringen dürfen. Eine bewusste Indiskretion? Oder gar ein bewusstes Polit-Manöver der Regierenden, um nachher besser da zu stehen und die Hände in Unschuld zu waschen?**

Bereits protestieren Parteien und Verbände gegen die Anrufung dieser Klausel. Und das Tüpfchen auf dem i sind Sprecher der EU, welche sich darüber empören, dass man es in der Schweiz wagt, so etwas Frevelhaftes überhaupt zu diskutieren. Bereits drohte in bewährter EU-Manier (wie vor jeder EU-Abstimmung auch) der EU-Generaldirektor für Aussenbeziehungen, Eneko Landaburu, dass die Einführung von Einwanderungskontingenten einen negativen Einfluss auf die Beziehungen EU – Schweiz hätten. Da fragen wir uns, wozu man denn diese Klausel in den Vertrag aufgenommen hat?

Der Bundesrat hat, obwohl alle Fakten auf dem Tisch liegen, einmal mehr nicht entschieden. Er will in gewohnter Manier konzeptionslos weiter abklären, diskutieren, lavieren, alles hinausschieben und auszusitzen...

**Wir Schweizer Demokraten fordern einen sofortigen Einwanderungsstopp – die Einwanderung und ihre Folgen werden jeden Tag unerträglicher für unser Volk. Wenn es so weitergeht, werden wir unser Land in einigen Jahren nicht mehr wiedererkennen – dann sind wir Fremde im eigenen Land!**